

ANTRAG Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadträtin Renate Rastätter (GRÜNE) Stadträtin Daniela Reiff (GRÜNE) Stadtrat Alexander Geiger (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 28.04.2015	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	13. Plenarsitzung Gemeinderat 30.06.2015 2015/0270 22 öffentlich
Umsetzung und Ausweitung des EU-Schulobst- und Schulgemüseprogramms an Karlsruher Kindertagesstätten und Schulen		

1. Die Stadtverwaltung berichtet den Stand der Teilnahme von Karlsruher Kitas und Schulen am EU-Schulobst- und Schulgemüseprogramm, insbesondere
 - welche Kindertagesstätten und Schulen im Schuljahr 2014/2015 am EU-Schulfruchtprogramm teilnehmen und um wie viele Kinder es sich hierbei handelt
 - wer jeweils die LieferantInnen sind
 - wie häufig die Obst- und Gemüseausgabe erfolgt und wie sie organisiert wird
 - wie die Ausgabe von Obst und Gemüse von den Kindern, den Lehrkräften sowie den Eltern an den beteiligten Bildungseinrichtungen bewertet wird
 - welches die größten Hürden für Kitas und Schulen sind, sich an diesem Programm zu beteiligen.
2. Die Stadt informiert alle Kindertagesstätten und deren Träger sowie die Grund- und weiterführenden Schulen über die neue Ausgestaltung des EU-Schulobst- und Schulgemüseprogramms ab dem Schuljahr 2015/16.
3. Die Kitas und Schulen werden aktiv dabei unterstützt, sich an diesem Programm zu beteiligen. Dazu gehören vor allem die Gewinnung von SponsorInnen für die Kofinanzierung von 25 Prozent der entstehenden Kosten und die Beratung und Unterstützung bei der organisatorischen Ausgestaltung des Programms an den Einrichtungen.
4. Die teilnehmenden Kitas und Schulen erhalten bei öffentlichen Aktionen der Stadt zur gesunden und nachhaltigen Ernährung die Möglichkeit, sich mit ihrem Programm zu präsentieren und damit durch ihre VorreiterInnenrolle zum Ausbau des Programms an weiteren Bildungseinrichtungen zu beizutragen.

Sachverhalt / Begründung:

Für die Förderung der gesunden Ernährung von Kindern gibt es seit 2011 das EU-Schulobst- und Gemüseprogramm. Der grün-roten Landesregierung ist es jetzt gelungen, für das kommende Schuljahr 80 Prozent mehr EU-Fördergelder, insgesamt 6,65 Millionen Euro, für dieses Programm zu erhalten. Gleichzeitig erhöht die Landesregierung die bisherige Landesförderung ab dem kommenden Schuljahr 2015/16 von bisher 50 Prozent auf 75 Prozent. Neu ist ebenfalls, dass jetzt neben den Kinder-

tageseinrichtungen und Grundschulen auch weiterführende Schulen bis einschließlich Klasse 8 am Programm teilnehmen können.

Die Förderrichtlinien des Landes sehen vor, dass jede Kita und Schule für einen Förderantrag eineN SponsorIn sowie eineN zertifizierteN LieferantIn benötigt und dass mindestens alle zwei Wochen frisches Obst und Gemüse verteilt werden muss. Die Praxis zeigt, dass die Ausgabe in der Regel häufiger stattfindet. So erhalten alle Schülerinnen und Schüler der Karlsruher Hardtgrundschule zweimal in der Woche eine Portion Obst oder Gemüse. Die Kofinanzierung übernehmen SponsorInnen. Bislang beteiligen sich offenbar noch nicht sehr viele Bildungseinrichtungen in Karlsruhe. Nachfragen bei Grundschulen haben gezeigt, dass sie das Programm zwar positiv bewerten, aber wegen der Bemühungen um SponsorInnen und LieferantInnen sowie der ungeklärten organisatorischen Durchführung noch nicht aktiv geworden sind.

Wir GRÜNE begrüßen deshalb die neue Ausgestaltung der Fördermodalitäten durch das Land. Die Chancen auf eine Ausweitung der Teilnahme von Karlsruher Bildungseinrichtungen am Schulobst- und Gemüseprogramm werden durch die verbesserte Landesförderung deutlich erhöht. Wir sehen aber auch die Stadt Karlsruhe in der Pflicht, die Schulen und Kindertageseinrichtungen über das Programm zu informieren und sie dabei zu unterstützen, sich daran zu beteiligen. Das betrifft sowohl die Suche nach SponsorInnen und LieferantInnen, als auch die Beratung darüber, wie die organisatorische Durchführung ohne große zusätzliche Belastung erfolgen kann. Insbesondere bei der Gewinnung von SponsorInnen sollte die Stadt Karlsruhe aktiv werden. Infrage kommen u. a. Krankenkassen, Fördervereine, LieferantInnen, Unternehmen aus der Wirtschaft, Kommunen selbst oder Elternvereine.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach
Renate Rastätter
Daniela Reiff
Alexander Geiger

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

19. Juni 2015